

INHALT

1. Günther: SPD, Grüne und SSW wollen PUA lahmlegen
2. CDU: Bund soll seine Bauprojekte in den Ländern selber planen
3. CDU will Stromkunden in Schleswig-Holstein entlasten
4. CDU: Habeck stellt mit Naturschutzgesetz Kompetenz der Landwirte in Frage
5. Debatte über Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung für Grundschüler
6. CDU: Freigewordene Mittel müssen in die Qualität der Kindertagesstätten fließen
7. Küstenkoalition will das Verbot bienengefährlicher Pestizide ausweiten
8. Piraten-Antrag bringt wenig Neues
9. CDU-Fraktion informiert sich über Flüchtlingssituation
10. Regierungsabgeordneten lehnen Sanierungsprogramm für Sportstätten ab

17.09.2015

Günther: SPD, Grüne und SSW wollen PUA lahmlegen Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu Friesenhof-Affäre nach heftigem Streit über Untersuchungsauftrag eingesetzt

Die Affäre um den Friesenhof wird Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA). Der Landtag stimmte dessen Einsetzung heute einstimmig zu. Die Oppositionsfraktionen hatten den Antrag in den Landtag eingebracht, nachdem eine vollständige Aufklärung durch den Sozialausschuss und die Akteneinsicht – nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Kooperation der Landesregierung – nicht möglich gewesen war.

Hitziger Streit entzündete sich im Parlament über den genauen Untersuchungsauftrag. Der von CDU, FDP und Piraten formulierte Ursprungsantrag sah vor, strukturelle Schwächen der Heimaufsicht im Norden und Kommunikationspannen der Behörden aufzuarbeiten. SPD, Grüne und SSW setzten heute durch, auch den gesetzlichen Handlungsspielraum der Heimaufsicht zu beleuchten und geeignete pädagogische Konzepte zu bestimmen. „Es kann nicht die Aufgabe von Abgeordneten eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses sein, pädagogische Konzepte von 1300 Einrichtungen zu bewerten und sogar eine Empfehlung für deren Eignung zu geben“, lehnte CDU-Fraktionschef Daniel Günther das Ansinnen der Regierungsfractionen in seiner Rede ab. Dies sei Aufgabe des Sozialausschusses und des von

der Ministerin angeregten runden Tisches. Mit ihrem Änderungsantrag wollten SPD, Grüne und SSW den Ausschuss nur lahmlegen.

Beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuss müsse es darum gehen, so Günther, sowohl die politische Verantwortung zu überprüfen als auch Verbesserungen für die Mädchen zu erreichen. Dafür sollten auch die Kommunikationswege genau untersucht werden.

Die Notwendigkeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses begründete Günther mit dem Desinteresse der Landesregierung an echter Aufklärung. Der in der Sommerpause unternommene Versuch des Ministerpräsidenten, den Untersuchungsausschuss auf Fragen der Aktenführung zu reduzieren, habe dies nur bestätigt. Albig hatte in der Sommerpause mit Blick auf den PUA gesagt: "Wir werden das in Demut ertragen und so organisieren, dass wir diese verwaltungsmäßige Belastung bewältigen – das ist es dann aber auch. [...] Die politische Erkenntnis, ob wir eine Akte fälschlicherweise auf Seite 12 und nicht auf Seite 1 abgeheftet haben, wird möglicherweise für die künftige Aktenordnung von Bedeutung sein, aber mehr nicht."

In seiner Rede stellte Günther den Ausführungen des Ministerpräsidenten die lange Liste der Vorwürfe entgegen, die sich gegen die mittlerweile geschlossenen Heime richten. „Interessiert Sie das nicht, dass Ihre Fachministerin nicht weiß, dass solche Missstände in schleswig-holsteinischen Heimen möglich sind?“, sagte Günther in Richtung der Regierungsfractionen.

Pressemitteilung der Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Piraten:

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemitteilungen/2015-09-17_5220.html



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther

CDU: Bund soll seine Bauprojekte in den Ländern selber planen
SPD, Grüne und SSW wollen keine Infrastrukturgesellschaft des Bundes



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp

SPD, Grüne und SSW lehnten heute einen Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) ab, sich auf Bundesebene konstruktiv an der Reform der Auftragsverwaltung des Bundes für eine zukünftig bessere Infrastruktur zu beteiligen. „Der Bund muss seine Projekte in Schleswig-Holstein selber planen, sonst wird hier nicht gebaut“, begründete CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp die Initiative seiner Fraktion. Kein Cent aus den vom Bund aktuell aufgelegten Investitionsprogrammen fließe nach Schleswig-Holstein, weil kein Projekt Baureife habe. „Nur bei der von der DEGES geplanten Rader Hochbrücke läuft es“, so Arp.

Das Bundesverkehrsministerium habe im Juli ein 2,7 Milliarden Euro schweres Investitionspaket vorgelegt. Bundesweit 72 Vorhaben könnten sofort gebaut werden.

Arp: „In Schleswig-Holstein sind das zwei Lärmschutzmaßnahmen, weil unter SPD, Grünen und SSW keine Straßen mehr gebaut werden. Lückenschlüsse in Bundesautobahnen werden bei uns nicht gebaut, weil die Landesregierung sie nicht anmeldet. Auch von den 700 Millionen Euro für Straßenneubauprojekte sieht Schleswig-Holstein keinen Cent, weil solche nicht geplant sind.“

Deshalb spreche die CDU sich für die Gründung einer überwiegend unabhängigen Infrastrukturgesellschaft durch den Bund zur Verkehrsfinanzierung und -planung aus. Auch müssten die Planungskapazitäten für die Straßen des Landes Schleswig-Holstein deutlich erhöht werden, damit zukünftig Projekte schneller zur Baureife geführt werden und der Erhalt der bestehenden Straßen besser gewährleistet werden könnten.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3373.pdf>

CDU will Stromkunden in Schleswig-Holstein entlasten
Windenergieausbau muss richtig gemacht werden



Kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen

Auf Antrag der Union berichtete Ministerpräsident Albig heute erstmals über die Erfahrungen mit der Anwendbarkeit des neuen Windenergieerlasses (Link zum Bericht siehe unten). Danach lagen per 5. Juni 2015 317 Anträge vor, die sich noch im Genehmigungsverfahren befinden. 2.661 Anlagen sind bereits in Betrieb. 420 Anlagen sind genehmigt, wurden jedoch noch nicht in Betrieb genommen. „Das ist eine stattliche Anzahl von Windkraftanlagen. Sie zeigt, wie wichtig dieser Wirtschaftszeit in zwischen für den Standort Schleswig-Holstein ist“, erklärte dazu Kommunalexpertin Petra Nicolaisen.

Sie bedauerte, dass der Bericht nur sehr beschränkt aussagefähig sei. So würden keine Details darüber angeführt, weshalb einzelne Anträge noch nicht genehmigungsfähig sind. Die sachliche Kritik von Fachverbänden an den von der Landesregierung erlassenen Kriterien lasse Zweifel aufkommen, ob die gesetzlichen verankerten Ziele mit dem Erlass tatsächlich erreicht werden können. „Hier muss konkreter Nachsteuerungsbedarf definiert werden“, forderte Nicolaisen. Es fehle die gebotene Transparenz und ein geordnetes Management.

Link zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3200/drucksache-18-3266.pdf>

CDU: Habeck stellt mit Naturschutzgesetz Kompetenz der Landwirte in Frage
Rickers: Gesetzentwurf ist Rückschritt



Heiner Rickers, agrarpolitischer Sprecher

In erster Lesung beschäftigten sich die Abgeordneten heute mit der von Minister Habeck vor wenigen Wochen über den Kabinetttisch gebrachten Novelle des Landesnaturschutzgesetzes. Wenig erfreut waren darüber bekanntlich hunderte von Landwirten, Fischern und Jägern, die auf dem Parkplatz vor dem Haus B des Landeshauses demonstriert hatten. Im Vergleich zur aufgeheizten Stimmung zwischen Demonstranten und Minister bei der Demo, ging es heute im Plenum allerdings noch ruhig zu.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, widersprach in der durchaus harten Debatte der Aussage Habecks, dass der vorgelegte Gesetzentwurf eine Anpassung an die aktuelle Situation sei. „Vielmehr ist der Gesetzentwurf „eine alte Kamelle“, die zwei Schritte zurückgeht, indem alte Positionen aus dem Landesnaturschutzgesetz von vor 2007 wieder eingeführt werden sollen. Damit hat der Minister die Chance vertan, mit dem Gesetzentwurf im Lande aussöhnend oder befriedend zu wirken“, so Rickers.

Ohne Not und entgegen der geltenden Gesetzgebung würden die befriedeten Bezirke auf Vereine und Verbände ausgeweitet. „Notfalls muß diese Rechtsauffassung gerichtlich geklärt werden“, sagte der CDU-Abgeordnete.

Seine Kritik ging weiter: „Wenn der Gesetzentwurf wieder ausschließlich das Pflanzen standortheimischer Gehölze festschreiben will, blendet Habeck den Klimawandel aus. Bäume, die heute gepflanzt werden, müssen auch noch in mehr als 100 Jahren lebensfähig sein. Deswegen sind standortgerechte Gehölze die bessere Alternative“.

Zu den weiteren Punkten führte Heiner Rickers aus:

- Wenn der Gesetzentwurf artenreiches Dauergrünland unter besonderen Biotopschutz stellen wolle, bestrafe er ausgerechnet die, die ihn erst ermöglicht hätten. Diese könne nur kontraproduktiv wirken.
- Wenn der Staat nun wieder das Vorkaufsrecht erhalte und dies sogar auf rechtsfähige Vereine und Stiftungen ausdehnen wolle, müsse das zwangsläufig zu einer Verknappung des Marktes und höheren Preisen führen. Dies werde sogar noch durch 60 Mio. € Ausgleichsgelder in den Kassen verschärft, da diese politisch gewollt nur für den Flächenankauf zur Verfügung stünden.
- Sicherlich sei das neu eingeführte Betretungsrecht ein hochemotionales Thema. Es belege aber eine Grundeinstellung, wenn ausgerechnet die Flächen, die dem Anbau von Lebens- und Futtermitteln dienen, im wahrsten Sinne des Wortes „mit Füßen getreten würden“.

- Dass ein neuer Paragraph den Wölfen gewidmet werde, sei zu begrüßen, könne aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder die Regierung noch die sie tragenden Fraktionen die wirklichen Probleme gelöst hätten. Unverändert sei der Umgang mit auffälligen, kranken oder verletzten Tieren ebenso wenig geklärt wie Entschädigungsfragen.

Rickers äußerte abschließend eine Vermutung, worum es Habeck eigentlich gehen könnte: „Da der Minister sich bereits nach Berlin empfohlen hat, muss er sich nun auch entsprechend auf Bundesebene profilieren. Diesem Ziel opfert er die Interessen vor allem der Landwirtschaft“.

Debatte über Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung für Grundschüler CDU: Schulartempfehlung und Durchlässigkeit im Bildungssystem gehören zusammen



Bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen

Auf Antrag der FDP debattierte der Landtag heute über die Wiedereinführung der Schulübergangsempfehlung für Grundschüler. Bildungsexpertin Heike Franzen betonte, dass für die CDU Schulartempfehlungen und Durchlässigkeit im Bildungssystem feste Bestandteile des bildungspolitischen Konzeptes sind.

Vor diesem Hintergrund gehe der Gesetzentwurf der FDP in die richtige Richtung. „Allerdings finden wir als CDU, dass man einen solchen Schritt nicht als Einzelmaßnahme beschließen muss“, so Franzen.

Nötig sei vielmehr die klare und gesonderte Aufgabenbeschreibung von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, sowie die Möglichkeit von differenziertem Unterricht. In der derzeitigen Schullandschaft, die diese Landesregierung nach ihren ideologischen Vorstellungen aufgebaut habe, sei eine Schulartempfehlung ebenso unerwünscht, wie eine transparente Leistungsbewertung aus Schulnoten in Kombination mit einem Leistungsbericht. „Die individuelle Betrachtung eines Kindes und die Berücksichtigung dessen Fähigkeiten sind zu Gunsten einer Gleichmacherei aller Kinder in den Hintergrund getreten“, so Franzen.

Besonders deutlich würden die schädlichen Auswirkungen der rot/grün/blauen Bildungspolitik am Beispiel der Gymnasien. Laut Schulgesetz sollten diese „nach Begabung und Leistung geeigneten Schülerinnen und Schülern im Anschluss an die Grundschule eine allgemeine Bildung vermitteln, die den Anforderungen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums und einer vergleichbaren Berufsausbildung entspricht. Franzen: „Tatsächlich müssen die Gymnasien

aber genauso arbeiten, wie die Gemeinschaftsschulen. Sie müssen alle Schülerinnen und Schüler aufnehmen unabhängig von ihren Fähigkeiten – eine Schulartempfehlung gibt es ja nicht mehr. Sie sollen ihre Schülerinnen und Schüler möglichst nicht mehr an die Gemeinschaftsschulen abgeben und somit sind sie doch faktisch gezwungen auf alle drei Schulabschlüsse vorzubereiten“, bemängelte Franzen. All dies müssten die Gymnasien in Schleswig-Holstein leisten, obwohl sie laut aktuellem Bildungsmonitor im Bundesvergleich die schlechteste Ausstattung hätten.

Der Antrag wurde nach der Debatte einstimmig in den Bildungsausschuss überwiesen.

CDU: Freigewordene Mittel müssen in die Qualität der Kindertagesstätten fließen **Debatte über Folgen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Betreuungsgeld**



Katja Rathje-Hoffmann, familienpolitische Sprecherin

Nachdem im Juli dieses Jahres das Betreuungsgeld durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde, gibt es nun eine Debatte über die Verwendung der freigewordenen Mittel. CDU und Piratenfraktion fordern in einem gemeinsamen Antrag, die Schleswig-Holstein zustehenden rund 30 Millionen Euro in die Qualität der Kindertagesstätten zu investieren.

Familienpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann sagte in ihrem Redebeitrag: „Unsere Vorstellung ist - und damit sind wir mit unserem Antrag konkreter als die Koalitionsparteien – die Bundesmittel zweckgebunden für die Verbesserung der Qualität in der KiTa und den Ausbau des Betreuungsangebotes in den Ländern einzusetzen.“

Die Prioritätensetzung soll nach Rathje-Hoffmann klar in der Qualitätsverbesserung von Kitas liegen. SPD, Grüne und SSW wollen die Gelder weitestgehend in ein Krippengeld fließen lassen. „Mit dem Krippengeld sind weder mehr Erzieher in der Kita, noch bessere Betreuungszeiten abgedeckt. Es sind weder bessere Fortbildungsangebote geschaffen, noch wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf merkbar attraktiver“, so Rathje-Hoffmann.

Über ihren Antrag wollen CDU und Piraten den Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten von aktuell 1 : 8,9 auf 1 : 7,5 für Kinder im Alter ab drei Jahren verbessern.

„Mehr Personal in den Kindertagesstätten ist unserer Meinung nach der beste Weg, um die Situation für Kinder, Erzieherinnen und Erzieher und auch die Eltern zu verbessern“, sagte die CDU-Politikerin.

Der Antrag von CDU und Piratenfraktion wurde einstimmig angenommen.

Küstenkoalition will das Verbot bienengefährlicher Pestizide ausweiten CDU-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf

Heute wurde im Rahmen der Landtagstagung über einen Verbotsantrag für nach Ansicht der Koalition bienengefährliche Pestizide diskutiert. CDU-Agrarexperte Heiner Rickers hielt diesen Antrag für voreilig.

Denn eine Studie aus dem Frühjahr 2015 hatte keine schädlichen Auswirkungen von neonicotinoiden Pestiziden auf Bienen feststellen können. Auf Grundlage dessen sehe die CDU-Fraktion keinen Handlungsbedarf.

„Ohne sichere Erkenntnisse und nur auf der Basis vager Vermutungen ist es unsinnig ein Verbot der Pestizide auszusprechen. Mit der CDU wird es keinen Antrag auf Verdacht geben“, stellte Rickers klar.

Falls es allerdings in Zukunft wissenschaftliche Nachweise für ein bestehendes Risiko für Bienen aufgrund der Nutzung von Neonicotinoiden gebe, könne und müsse man ein Verbot aussprechen. Darüber sei sich die CDU-Fraktion einig.

Hintergrund des Antrages der Küstenkoalition ist der starke Rückgang der Zahl der Honigbienen in den vergangenen Jahren. Bienen sind nicht nur für den Erhalt der Artenvielfalt von Bedeutung. Auch für die Ernährung der Menschen spielen sie eine Rolle, da sie durch ihren Pollen-Transport den Erhalt einiger Pflanzenarten gewährleisten.

Piraten-Antrag bringt wenig Neues Debatte über Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein



Klaus Jensen

Heute gab es eine erneute Debatte zur Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein. Anlass dazu war eine große Anfrage der Piraten. „Fest steht, dass wir in Deutschland über eine funktionierende Abfallwirtschaft verfügen“, sagte dazu der CDU-Redner Klaus Jensen.

Deshalb könne Schleswig-Holstein nur einen geringen weiteren Beitrag leisten, der nahezu

unbedeutend im Blick auf die weltweite Umweltbelastung sei. Die Angelegenheit müsse innerhalb der EU geklärt werden. „Es muss in den Ländern, in denen aufgrund anderer Probleme das Umweltbewusstsein unterentwickelt ist, angesetzt werden“ so Jensen weiter.

Erst im November 2014 wurde dieses Thema im Landtag zuletzt diskutiert. Die Große Anfrage der Piraten ist laut Jensen auf diese Debatte zurück zu führen, mit deren Ergebnis die Piraten nicht zufrieden waren. Die Antwort der Landesregierung hat nach Jensens Ansicht jedoch auch wenig Neues gebracht. Das Problem bestehe weiterhin. Die EU habe das bereits erkannt und im April dieses Jahres den stufenweisen Ausstieg aus dem Plastiktütengebrauch beschlossen. „In einem Jahr wird ein drastischer Abbau des Tütenverbrauchs beginnen“, so Jensen. Deutschland sei dort Vorreiter. Denn bis 2010 hätte der Verbrauch auf 90 Tüten pro Person und pro Jahr reduziert werden sollen.

„Derzeit verbrauchen wir in Deutschland mit 71 Tüten pro Person pro Jahr schon $\frac{1}{4}$ weniger. Sicherlich kann auch Schleswig-Holstein seinen bescheidenen Beitrag durch eine weitere Reduzierung bringen, an der Globalproblematik wird dieser Anteil jedoch nicht messbar sein“ stellte Jensen abschließend fest.

CDU-Fraktion informiert sich über Flüchtlingssituation

Damerow und Sönnichsen in Gemeinschaftsunterkunft des Kreises Plön

Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion informieren sich weiter über die Flüchtlingssituation. So waren der örtliche Abgeordnete Peter Sönnichsen und die Flüchtlings- und Integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, zu einem Termin in Plön und Wankendorf.

Nach einem Gespräch mit der Landrätin über die aktuelle Situation und die Erwartungen der kommunalen Ebene an bevorstehende Entscheidungen der Landesregierung, erfolgte zunächst ein gemeinsamer Besuch der Gemeinschaftsunterkunft des Kreises.

Nach einer Vorstellung der Räumlichkeiten und der Unterbringungssituation durch die Leiterin erfolgte auf offensichtlichen Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner eine sehr offene Gesprächsrunde. Mehr Deutsch-Unterricht, mehr Kontakte und Arbeit, vor allem um die erworbenen Sprachkenntnisse häufiger praktisch anzuwenden, waren die überwiegenden Wünsche.

„Die gut ausgebildeten und hoch motivierten Menschen aus verschiedensten Herkunftsländern leben auf bewundernswerte Weise zusammen.“, stellte Astrid Damerow fest. Landrätin Stephanie Ladwig freute sich, dass das Konzept des Kreises für die Gemeinschaftsunterkunft sich bereits bewährt hat. Peter Sönnichsen sprach davon, dass „uns in diesem Hause eine großartige Willkommenskultur, entgegengebracht wurde.“

Aufgrund der aktuell hohen und immer noch steigenden Flüchtlingszahlen können nicht alle neu Ankommenden in der Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden. Sie werden direkt in die Gemeinden weitergeleitet. Damerow: „Die Ankündigungen des Flüchtlingsgipfels der Landesregierung im Mai 2015 sahen noch einen Verzicht auf Gemeinschaftsunterkünfte vor. Das muss revidiert werden, diese sind gerade im Sinne der Integration sinnvoll.“

Integration durch Sport ist seit Jahrzehnten bestens praktizierte Philosophie des TSV Plön und besonders der Sparte Boxring. Hans Korth erläuterte Konzept und Erfolge, nahezu alle Sportler haben ihren Weg im Beruf gemacht, sind ehrenamtlich in vielfältigen Bereichen tätig und heute selbst Betreuer der nächsten Generation. Eine Gruppe junger Sportler zeigte sich bei einer

Trainingseinheit. „Einige Personen haben wir kurz zuvor in der Gemeinschaftsunterkunft bereits kennengelernt“, stellte Landrätin Ladwig fest. „Ohne Ehrenamt in den Vereinen keine Integration“, ergänzte Damerow.

In Wankendorf rundeten der Besuch einer Deutschstunde mit 16 Teilnehmer aus 5 Nationen und ein Gespräch mit Sprachpaten das Programm der beiden MdL ab. Trotz ständigem Wechsel durch Zuzug neuer Flüchtlinge und/oder Fortzug anerkannter Flüchtlinge ist die erfolgreiche Sprachausbildung hör-, die Freunde daran sichtbar. Gute Kooperation aller örtlichen Beteiligten sind Grundlage der Arbeit. Der örtliche VHS-Verein bietet anerkannte Sprachkurse mit Abschlüssen durch zwei Dozentinnen an. Sprachpaten der Flüchtlingshilfe Wankendorf ergänzen diese Arbeit durch Begleitung der Flüchtlinge im Alltag oder im wöchentlichen Flüchtlings-Café – stets unter Anwendung der erlernten Sprachkenntnisse.

„Die Aufgaben werden auch zukünftig zunehmen, ich sehe im Kreis Plön, seinen Gemeinden, den Vereinen und dem Ehrenamt aber einen großen Willen, sich diesen Aufgaben zu stellen“, so Damerow abschließend.



Astrid Damerow und Peter Sönnichsen

Regierungsabgeordneten lehnen Sanierungsprogramm für Sportstätten ab Ostmeier: Das ist ein Rückschlag für den Sport

Für Schleswig-Holstein wird es kein Sanierungsprogramm für Sportstätten geben. Im Rahmen einer Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses lehnten die Vertreter der Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW es ab, einem CDU-Antrag dazu zuzustimmen. Die Initiative der Christdemokraten fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit dem Landessportverband und den kommunalen Landesverbänden sowie mit Sportwissenschaftlern bis zum Sommer 2016 ein Sanierungsprogramm zu entwickeln und dem Landtag zur Beratung vorzulegen.

Dazu sagte die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier: "Vor dem Hintergrund aller uns vorliegenden Daten aus unserer Großen Anfrage zum Sanierungsbedarf und den Ergebnissen aus der schriftlichen wie auch mündlichen Anhörung ist diese ablehnende Haltung der Regierungsabgeordneten fachlich nicht nachzuvollziehen. Erst streicht die Landesregierung komplett den Haushaltstitel für Schwimmsportstätten auf Null und jetzt wird sich wieder weggeduckt. Dies alles ist ein Rückschlag für den Sport und auch für viele tausend ehrenamtlich engagierte Trainer und Übungsleiter in den Vereinen und Verbänden.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Regierungsabgeordneten vertagt und soll erst

im Rahmen der Haushaltsberatungen wieder aufgerufen werden. „Damit wird deutlich, dass sich unsere Sportvereine auf dem politischen Abstellgleis dieser Landesregierung befinden“, so Ostmeier. "Falls SPD, Grüne und SSW wie im letzten Jahr erst im letzten Moment einen Feigenblatt-Antrag von zwei Millionen Euro als politische Beruhigungsspiel zum Haushalt einbringen wollen, dann ist den Sportvereinen und -verbänden damit nicht geholfen. Die Bugwelle beim Sanierungsbedarf wird nur noch größer."

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de